



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 29.04.2015, 17:04 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Rückblick Zukunftskonferenz
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Herr **Geiger** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) zeigt Impressionen der Zukunftskonferenz und gibt einen kurzen Rückblick auf die Veranstaltung. Besonders hebt er seine Freude darüber hervor, dass diese zunehmend ohne externe Unterstützung realisiert werden könne und dann die Resonanz der Bürgerschaft auf die Veranstaltung weitestgehend positiv sei. Derzeit befinde man sich in der Auf- und Nachbearbeitungsphase und werde nach deren Abschluss wieder ins Gremium kommen.

Das Gremium lobt einmütig die Zukunftskonferenz als gelungenes Instrument der Bürgerinformation, Bürgeranhörung und Bürgerbeteiligung. Auch Vorbereitung, Durchführung, der begleitende Materialienband sowie Rahmen und Atmosphäre der Veranstaltung werden positiv gewürdigt.

Stadtrat **Herrmann** bittet um halbjährliche Informationen über den Umsetzungsstand der Anregungen aus der Bürgerkonferenz. Zudem regt er an, ein ähnliches Format wie die „Vorkonferenz“ im Jugendbereich auch für andere Teilnehmergruppen zu etablieren.

Stadtrat **Dr. Vierling** bedauert, dass auf Grund der begrenzten Teilnehmerzahl Interessierte hätten abgewiesen werden müssen und fordert dazu auf, hierfür künftig eine Lösung zu finden. Weiter schlägt er vor, mit den Teilnehmern nicht lediglich Anregungen zu sammeln, sondern diese bereits zu priorisieren.

Stadträtin **Deetz** weist darauf hin, dass der Lärmpegel während der Veranstaltung teilweise grenzwertig gewesen sei und bittet darum, hier bei der nächsten Veranstaltung Abhilfe zu schaffen.

Stadträtin **Moersch** merkt an, es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass an den eingebrachten Änderungen nicht weitergearbeitet werde. Zudem wirbt sie für eine noch stärkere Einbindung von Jugendlichen in die Zukunftskonferenz und eine Terminwahl abseits wichtiger Prüfungen in der Schullaufbahn. Für eine verstärkte Aktivierung der Vertreter der Wirtschaft schlägt sie eine vorgeschaltete „Zuko Wirtschaft“ vor.

Stadtrat **Eisele** macht darauf aufmerksam, dass die gewählte Lokalität nicht barrierefrei sei und insbesondere Rollstuhlfahrer keine Möglichkeit gehabt hätten, auf die Bühne zu kommen. Hier müsse in Zukunft zumindest mit einer Rampe Abhilfe geschaffen werden.

Stadträtin **Dziubas** schließt sich den Ausführungen ihrer Vorredner zu Barrierefreiheit, Lärmpegel

und Begrenzung der Teilnehmerzahl an.

Stadträtin **Burkhardt** lobt insbesondere den Vortrag der Vertreterin der Pädagogischen Hochschule zum Thema Inklusion. Auch sie spricht sich dafür aus, Jugendliche verstärkt einzubinden und mit Veranstaltungen im Vorfeld der Zukunftskonferenz an das Thema heranzuführen.

OBM **Spec** nimmt kurz zu den angesprochenen Punkten Stellung. Er kündigt an, im Vorfeld der nächsten Zukunftskonferenz Vertreter des Gemeinderats als Hinweisgeber ins Organisationsteam einbeziehen zu wollen. Abschließend verweist er die weitere Nachbetrachtung nach Abschluss der Nachbearbeitungsphase in die gemeinderätlichen Gremien.

TOP 2

Besetzung der Stelle der Fachbereichsleitung
Tiefbau und Grünflächen

Vorl.Nr. 121/15

Beratungsverlauf:

Eingangs informiert OBM **Spec** darüber, dass der Bewerber Sebastian Lübbe seine Bewerbung zurückgezogen habe.

Auf Wunsch der CDU-Fraktion wird die Sitzung für 25 Minuten unterbrochen.

Im Anschluss an die Sitzungsunterbrechung findet eine nichtöffentliche Beratung statt. Zu den Inhalten der nichtöffentlichen Beratung siehe Tagesordnungspunkt 2.1 im nichtöffentlichen Teil der Niederschrift.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit wird der Tagesordnungspunkt regulär fortgesetzt.

Die verbleibende Bewerberin Ulrike **Schmidtgen** stellt sich dem Gremium vor. Sie geht dabei insbesondere auf ihren persönlichen und beruflichen Werdegang sowie ihre Erfahrungen in den einschlägigen Tätigkeitsfeldern ein und erläutert ihre Motivation für eine Bewerbung in Ludwigsburg.

Anschließend beantwortet sie Fragen des Gremiums insbesondere zu ihrer bisherigen Erfahrung im Umgang mit kommunalpolitischen Gremien, zu ihrer Führungserfahrung und zum Thema Grünleitplanung.

Anschließend erläutert OBM **Spec** kurz die Durchführung der folgenden Wahlhandlung. Er weist darauf hin, dass jeder Wahlberechtigte 1 Stimme habe und die Stimmabgabe durch Kennzeichnung der Bewerberin auf dem Stimmzettel erfolge. Weiter stellt er fest, dass 35 stimmberechtigte Mitglieder anwesend seien.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Schwytz
 Stadtrat T. Lutz
 Stadträtin Kreiser
 Stadtrat Gericke
 Stadtrat Seybold
 Stadträtin Wiedmann

Zur Durchführung der Wahl wird ein Wahlausschuss gebildet:

Vorsitzender: Stadtrat Dengel

Protokollauszug Gemeinderat 29.04.2015

Beisitzer: Stadtrat Haller
Stadtrat O'Sullivan
Stadtrat Köhle

Unter den stimmberechtigten Mitgliedern des Gemeinderats findet sodann unter Verwendung amtlicher Stimmzettel eine geheime Wahl statt. Die Stimmzettel werden in einer Wahlurne eingesammelt.

Nach Abschluss der Wahlhandlung ermittelt der Wahlausschuss das Ergebnis.

Nach Auszählung und Überprüfung der abgegebenen Stimmzettel gibt OBM Spec das Wahlergebnis bekannt:

Frau Ulrike Schmidtgen 26 Stimmen

Bei weiteren 9 Stimmen handelt es sich um ungekennzeichnete beziehungsweise mit „nein“ gekennzeichnete Stimmzettel.

OBM Spec erklärt, dass somit die Bewerberin Ulrike Schmidtgen gewählt sei und gratuliert dieser. Er fragt, ob sie die Wahl annehme.

Frau Schmidtgen bestätigt dies.

Zur Fassung des Einstellungsbeschlusses siehe Tagesordnungspunkt 9.

TOP 3	Städtebaulicher Ideenwettbewerb "Entwicklungsbereich Ost/Oßweil" - Erarbeitung Rahmenplan auf Basis und mit Preisträger - Beschluss der Überarbeitungsanforderungen - Untersuchungsumfang der integrierten Verkehrskonzeption - Auftrag an Verwaltung weitere Beteiligungen durchzuführen	Vorl.Nr. 369/14
-------	---	-----------------

Beschluss:

1. Der Preisgerichtsempfehlung folgend wird die Verwaltung beauftragt, auf Basis und mit dem Preisträger MESS GbR / urbane Gestalt / SHP Ingenieure einen Rahmenplan für den Entwicklungsbereich Ost/Oßweil zu erarbeiten.
2. Den im Preisgericht formulierten Überarbeitungsanforderungen wird zugestimmt; Sie fließen in die weitere Bearbeitung mit ein.
3. Die vorgestellten Inhalte der integrierten Verkehrskonzeption werden zur Kenntnis genommen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt flankierend weitere Öffentlichkeitsbeteiligungen durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Schwytz
Stadtrat T. Lutz
Stadträtin Kreiser
Stadtrat Gericke
Stadtrat Seybold
Stadträtin Wiedmann
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit

Ja 34 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** gibt an Hand einer Präsentation einen Rückblick auf den bisherigen Prozessablauf und stellt Bezüge zu der bereits im Gemeinderat vorgestellten Präsentation von Prof. Kölz her. Weiter gibt er einen Ausblick auf die Fortschreibung der Verkehrskonzeption und das geplante weitere Vorgehen. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Stadtrat **Braumann** konstatiert, der angestrebte Dreiklang aus Wohnen, Sport und Grünflächen befinde sich auf einem guten Weg. Der CDU-Fraktion sei es darüber hinaus wichtig, ein Verkehrskonzept als Gesamtlösung für alle Verkehrsteilnehmer zu entwickeln. Aus diesem Grund müsse man alle in Frage kommenden Alternativen prüfen und dürfe keine von vornherein ausschließen – auch nicht die Waiblinger Straße. Auch eine enge Einbindung ins Mobilitätskonzept sei erforderlich. Beim Thema Wohnbebauung müsse insbesondere die Frage der Dichte noch intensiv beraten werden, da hier die Vorstellungen teilweise weit auseinander gingen. Abschließend betont er, insbesondere dem Thema Sport und Naherholung große Bedeutung beizumessen. Das Thema Wohnen müsse in Grenzen realisiert werden, in welchen es hier nicht zu Beeinträchtigungen oder späteren Klagen der Bewohner über Lärmbelästigungen durch die Sportnutzung komme.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** begrüßt ebenfalls den Dreiklang als Grundpfeiler einer nachhaltigen Entwicklung. Um eine ausgewogene Mischung zu erzielen wirbt sie dafür, die bisher etablierten Beteiligungsformate mit Anwohnern, Sporttreibenden und anderen beteiligten fortzuführen. Als best practice-Modell, an welchem man sich viele gute Ideen anschauen könne, führt sie den Stadtteil Vauban in Freiburg an. Gut gefalle ihr hier neben ökologischen und verkehrlichen Aspekten der hohe Anteil an Baugruppen unter den Bauherren. Hinsichtlich der Verkehrssituation halte sie die Ergebnisse der durchgeführten Verkehrsanalyse für so aussagekräftig, dass man sich weitere Überlegungen zur Waiblinger Straße eigentlich sparen könne. Stattdessen könne aus ihrer Sicht durch einen zeitnahen Rückbau der Mühlhäuser und der Fellbacher Straße bereits ein großer Schritt in die richtige Richtung getan werden.

Stadträtin **Faulhaber** erklärt, auch die SPD-Fraktion halte die Untersuchungsergebnisse von Prof. Kölz für sehr aussagekräftig. Man sehe auf dieser Basis keine primäre Notwendigkeit für eine Waiblinger Straße. Mit der Intensivierung der Überplanung gemeinsam mit den Sportvereinen befinde man sich auf dem richtigen Weg. Weiter führt sie auf, dass man Wohnen am Standort sehr wohl fördern wolle, sich dieses jedoch harmonisch in den Dreiklang einfügen müsse. Was das Thema Grün anbelangt, zitiert sie aus dem Flächenentwicklungskonzept der Stadtverwaltung, welches die Herausforderungen des Standorts sehr gut darstelle.

Stadtrat **Remmele** erklärt, auf Grund der umfangreichen Stellungnahmen seiner Vorredner wolle sich die FW-Fraktion auf zwei ihr besonders am Herzen liegende Punkte beschränken. Zum einen gelte es, den Abstand zwischen Wohn- und Sportnutzung so zu wählen, dass gegenseitige

Beeinträchtigungen möglichst ausgeschlossen seien. In Frage komme hier die Abgrenzung durch einen Grünstreifen. Zum anderen spreche sich seine Fraktion für eine Beschränkung der Gebäudehöhen auf 3 Geschosse aus. 100 Einwohner pro Quadratmeter seien bei weitem ausreichend.

Stadtrat **Eisele** nimmt Bezug auf die Untersuchungsergebnisse von Prof. Kölz und spricht sich auf dieser Basis hinsichtlich der Waiblinger Straße für eine Variante 0 aus. Großen Wert legt er auch auf ein harmonisches Nebeneinander des dringend benötigten Wohnraums und der ebenso wichtigen Sportflächen. Auch einer maßvollen Verdichtung misst er große Bedeutung bei. Zusammenfassend hält er fest, dass eine Bebauung des Gebiets Fuchshof durchaus seine Zustimmung fände, eine solche zwischen Niedersachsenstraße und Kornwestheimer Straße jedoch fraglich bleibe.

Stadträtin **Dziubas** sieht sich ebenfalls einem harmonischen Dreiklang verpflichtet, zu welchem aus ihrer Sicht auch eine angenehm gestaltete und bezahlbare Wohnbebauung gehöre. Explizit wendet sie sich gegen die Waiblinger Straße, da der dort verlaufende Grünstreifen erhalten bleiben müsse. Auch die Bebauung auf der Oßweiler Seite lehnt sie ab, weil diese den Eindruck vermittele, vorab die Rahmenbedingungen für eine Waiblinger Straße zementieren zu wollen.

Stadträtin **Burkhardt** befürwortet die Erarbeitung eines Rahmenplanes, innerhalb welchem die Größenverhältnisse zwischen den einzelnen Komponenten des Dreiklangs untersucht werden könnten. Die Überarbeitungsanforderungen und die Verkehrskonzeption in den Ziffern 2 und 3 des Beschlussvorschlages wolle sie heute lediglich zur Kenntnis nehmen. Es sei unsinnig, bereits heute die verschiedensten Varianten einer Waiblinger Straße zu untersuchen. Das Freihalten einer Trasse für künftige Entwicklungen genüge. Beim Thema Parken bittet sie darum, die Anregungen der LUBU zu flächenschonenden Parkhäusern zu berücksichtigen. Weiter regt sie an, zu den geplanten Workshops auch interessierte Bürger und nicht nur Vereinsvertreter als stimmberechtigte Mitglieder einzuladen. Abschließend spricht sie sich für das Gebiet nördlich der Fuchshofstraße für breitere Grünflächen als bisher geplant aus.

Stadtrat **Lettrari** führt aus, die verkehrliche Situation in Oßweil und der Oststadt sei bereits heute angespannt. Wenn man nun über zusätzliche Bebauung nachdenke, dürfe man eine Waiblinger Straße nicht von vornherein ausschließen. Allerdings müssten auch nicht von bereits heute sämtliche Varianten durchgeplant werden. Die von seiner Vorrednerin vorgeschlagene Vorhaltefläche sei völlig ausreichend.

Anschließend lässt OBM **Spec** über die Vorl. Nr. 369/14 Beschluss fassen.

TOP 4

Erhaltungssatzung Historische Innenstadt -
Nochmaliger Beschluss aufgrund von
Ergänzungen des Satzungstextes

Vorl.Nr. 094/15

Beschluss:

Die Erhaltungssatzung „Historische Innenstadt Ludwigsburg“ (Anlage 2 zur Niederschrift) wird beschlossen und tritt mit ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Schwytz
Stadtrat T. Lutz
Stadträtin Kreiser
Stadtrat Gericke
Stadtrat Seybold
Stadträtin Wiedmann
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit

Ja 34 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

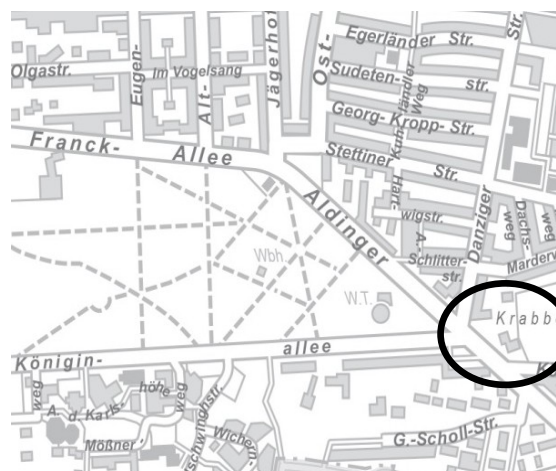
Herr Kurt (FB Stadtplanung und Vermessung) begründet die nun vorgeschlagene Änderung der erst kürzlich beschlossenen Satzung mit ersten Erfahrungen aus der Praxis. Dass bislang auch nicht stadtbildprägende Änderungen im Inneren eines Hauses genehmigungspflichtig seien, mache wenig Sinn. Auf Nachfrage der Stadträtin Burkhardt, die bedauert, dass Fassadenanstriche aus der Genehmigungspflicht herausgenommen werden sollen, führt er aus, dass die Verwaltung über das Fassadensanierungsprogramm ohnehin im Gespräch mit den Eigentümern stehe. Zudem sei auch in den Gestaltungsleitlinien ein entsprechender Passus enthalten, über welchen man Einfluss nehmen könne.

OBM Spec ruft die Vorl. Nr. 094/15 zur Abstimmung auf.

TOP 5	Bebauungsplan Aldinger Rondell Nr. 047/04 - Aufstellungsbeschluss und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange	Vorl.Nr. 118/15
-------	--	-----------------

Abweichender Beschluss:

- I. Die Aufstellung des Bebauungsplanes „Aldinger / Danziger Kreuzung“ Nr. 047/04 wird beschlossen. Maßgebend für den Geltungsbereich ist der Plan des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung vom 27.03.2015.
- II. Ziel der Planung ist es die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Ertüchtigung des Knotenpunktes Aldinger Straße/Königinallee/ Danziger Straße zu schaffen.
- III. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einrichtung eines Kreisverkehrs und einer ampelgesteuerten Straßenquerung mit



Tempolimit gleichrangig zu prüfen und Visualisierungen vorzunehmen.

- IV. Die Verwaltung wird beauftragt den Aufstellungsbeschluss mit Städtebaulichem Konzept öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Schwytz
Stadtrat T. Lutz
Stadträtin Kreiser
Stadtrat Gericke
Stadtrat Seybold
Stadträtin Wiedmann
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit

Ja 33 Nein 1 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** verweist auf die Vorberatung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt am 23.04.2015. Mit dem heutigen Aufstellungsbeschluss wolle man auch den Einstieg in die förmliche Beteiligung der Öffentlichkeit finden. In den dann stattfindenden Anhörungen würden auch die Argumente der Anwohner geprüft, welche ihre Sichtweise teilweise schon per Unterschriftenlisten verdeutlicht hätten.

Stadtrat **Meyer** erhofft sich für den stark frequentierten Kreuzungsbereich, welcher auch einen Unfallschwerpunkt darstelle, eine Verbesserung, ohne dass hierdurch zusätzliche Staus entstünden. Daher fordert er die Verwaltung auf, im Rahmen der weiteren Beratungsfolge Verkehrsfluss und -frequenz für die Varianten Rondell und Ampelschaltung noch einmal vergleichend gegenüberzustellen. Wichtig sei ihm auch, dass der Eingriff in den Salonwald minimiert und wegfallende Bäume möglichst wieder ersetzt würden. Um Schleichverkehre Richtung Grüne Bettlade zu verhindern, solle eine gemeinsame, funktionale Lösung mit der Karlshöhe und den weiteren Anliegern gefunden werden. Grundsätzlich stimme die CDU-Fraktion jedoch dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu.

Stadtrat Dr. **Vierling** bestätigt, dass die Aldinger-/Danziger Kreuzung als Unfallschwerpunkt einer zeitnahen Lösung bedürfe. Allerdings vermisse er eine Alternativplanung zum vorgeschlagenen Kreisverkehr. Dieser schaffe innerhalb einer ansonsten reizvollen Ecke Ludwigsburg eine wenig ansprechende Asphalt-Zone. Eine intelligente Ampellösung mit Tempolimit sei ebenso geeignet zur Verbesserung der Verkehrssituation und zudem füge sie sich besser in die Gegebenheiten vor Ort ein. Auch finanzielle Aspekte, eine Schonung der ohnehin schon knappen Waldflächen, weniger

Eingriff in die Natur und eine geringere Versiegelung sprächen für die zuletzt genannte Lösung. Ebenso müsse der Wunsch der Anwohner respektiert werden. Diese hätten sich bislang ausschließlich ablehnend zu den Planungen der Verwaltung geäußert, weshalb auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Vorl. Nr. 118/15 nicht zustimmen werde.

Stadträtin **Liepins** betont, sie sei frustriert über den Beratungsgang. Noch vor wenigen Jahren habe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an eben dieser Stelle einen Kreisverkehr gefordert. Nachdem nun die Verwaltung viel Zeit und Aufwand in die Bearbeitung dieser Thematik investiert habe, plädiere Stadtrat Dr. Vierling als Vertreter dieser Fraktion wieder für eine Ampellösung. Die SDP-Fraktion hingegen könne sich der Verwaltungsvorlage ebenso anschließen wie der Forderung von Stadtrat Meyer nach einer Unterbindung des Schleichverkehrs durch die Königinallee. Nicht nachvollziehbar seien für sie auch die von Stadtrat Dr. Vierling geforderten Alternativplanungen zur Ampellösung und die späte, jedoch umso vehementere Unterschriftensammlung der Anwohner, nachdem die Vorberatung ohne größere Meinungsverschiedenheiten und mit nur einer Gegenstimme habe abgeschlossen werden können.

Stadtrat **Rothacker** gibt an, die FW-Fraktion stehe dem Thema Kreisverkehr grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber und trage auch Standortprüfungen grundsätzlich mit. Allerdings wolle man auch stets die bestgeeignetste Lösung auswählen, weshalb er die von Stadtrat Dr. Vierling geforderten Alternativprüfungen unterstütze. Eine intelligente Ampellösung könne er sich dabei gut vorstellen, ein Tempolimit eher weniger. Insgesamt werde seine Fraktion bei diesem Tagesordnungspunkt nicht geschlossen stimmen.

Stadtrat **Heer** sieht – bei aller grundsätzlichen Offenheit für das Thema Kreisverkehre – die Schwächen an dieser Stelle insbesondere beim Eingriff in den Salonwald und den notwendigen Baumfällungen. Auch die Bezeichnung „Rondell“ vermöge nicht über den Charakter dieser Verkehrsanlage hinwegzutäuschen. Eine intelligente Ampelschaltung mit Tempolimit hingegen sei geeignet zur Lösung der Verkehrsproblematik und überdies eine Empfehlung aus dem Lärmaktionsplan. Den Beschlussvorschlag der Verwaltung an sich lehne er ab, er könne jedoch den von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgebrachten Änderungsanträgen zustimmen.

Stadträtin **Dziubas** lehnt einen Kreisverkehr nachdrücklich ab. Zudem wisse sie aus eigener Erfahrung, dass eine Lösung mit Zebrastreifen an den Kreisverkehrszufahrten schwer zu überblicken sei und daher nicht als sicher eingestuft werden könne. Insbesondere für querende Schüler sei eine Ampellösung die sicherere Alternative.

Stadträtin **Burkhardt** erklärt, es gebe keine Belege die auf einen Unfallschwerpunkt an dieser Stelle hinwiesen. Zudem sei das Verkehrsaufkommen nur in Stoßzeiten so gering, dass es einer Regelung bedürfe. Eine rasch umsetzbare, günstige Lösung, die zudem ohne Eingriff in den Salonwald auskomme, sei eine nur zeitweilig geschaltete Ampel mit Kontaktschleifen. Bei aller grundsätzlichen Zustimmung zur Einrichtung von Kreisverkehren sei diese Stelle schlichtweg ungeeignet, weshalb sie den Beschlussvorschlag der Verwaltung ablehne.

Stadträtin **Haberzeth-Grau** erkundigt sich nach den Eigentumsverhältnissen am Salonwald und sieht einen Eingriff auch aus der Sicht als Anwohnerin in jedem Fall kritisch. Die Vehemenz der Anwohner verwundere sie wenig, habe doch der eigentlich zugesagte Runde Tisch zum gegenseitigen Austausch noch nicht stattgefunden.

Stadtrat Dr. **O'Sullivan** betont, er sei ebenfalls Anwohner im Gebiet und halte den Standort für einen Kreisverkehr zumindest nicht für ungeeignet. Im Vordergrund stehe für ihn zunächst die Verkehrssicherheit. Eine Ampellösung berge zumindest ebenso große Gefahren und hemme zudem den Verkehrsfluss. Zudem befinde man sich erst in der Phase des Aufstellungsbeschlusses, die Bürgerbeteiligung stehe regulär nach dessen Fassung noch an.

BM **Ilk** bestätigt die Ausführungen hinsichtlich der Bürgerbeteiligung. Was die Verkehrssicherheit anbelange, so seien auch Kreisverkehre mit Zebrastreifen sicher, trügen zu einer Verflüssigung

des Verkehrs und damit zur Lärminderung bei. Er betont, dass es sich entgegen anderweitiger Spekulationen um 9 Bäume handle, die einem solchen Vorhaben weichen müssten und schließt sich der Forderung an, dass dringend Mittel und Wege gefunden werden müssten, Königinallee und Paulusweg gegen Schleichverkehr abzuschotten. Abschließend sagt er zu, die nun mehrfach geforderten Alternativplanungen durchzuführen und die Ergebnisse gegenüberzustellen.

Auf Basis dieser Zusage formuliert Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) eine Anpassung der Ziffern 1 und 2 sowie eine eingeschobene, neue Ziffer 3 zum beschlussvorschlag der Verwaltung.

Stadträtin **Burkhardt** erklärt zu ihrem Abstimmungsverhalten, sie befürworte grundsätzlich die Prüfung von Alternativen. Dem geänderten Beschlussvorschlag wolle sie trotzdem nicht zustimmen, da dieser weiterhin das Ziel „Bebauungsplan Aldinger Rondell“ beinhalte und sie aus den in ihrer Stellungnahme erläuterten Gründen eine Ampellösung favorisiere.

Anschließend stellt OBM **Spec** den entsprechend modifizierten Beschlussvorschlag en bloc zur Abstimmung.

TOP 6

Bebauungsplan "Mäurach" Nr. 073/02 -
Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom
26.06.2013

Vorl.Nr. 106/15

Beschluss:

- I. Die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan „Mäurach“ Nr. 073/02 wird beschlossen.
- II. Ziel der Aufhebung ist es, das Bebauungsplanverfahren einzustellen, um aufgrund der vielfältigen Konflikte in den einzelnen Teilbereichen des Bebauungsplanes, ein Scheitern des Bebauungsplanes auszuschließen.
- III. Auf die Ausweisung eines Gewerbegebiets wird verzichtet.
- IV. Die mit Beschluss vom 26.02.2014 eingeleiteten Verfahren VHB „Erweiterung XXXL Mann Mobilia“ Nr. 073/02 und Aufstellung einer Satzung zur „Aufhebung der Bebauungspläne im Gebiet Heuweg“ bleiben hiervon unberührt.



Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu den Ziffer 1 bis 3 wird mit 22 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Der Beschluss zu den Ziffer 4 wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Schwytz
Stadtrat T. Lutz
Stadträtin Kreiser
Stadtrat Gericke
Stadtrat Seybold
Stadträtin Wiedmann
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit
Stadträtin Dziubas

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

Auf Wunsch der CDU-Fraktion stellt OBM Spec zunächst die Ziffern 1-3, sodann separat die Ziffer 4 des Beschlussvorschlages zur Abstimmung.

TOP 7	Personalkostenreduzierung Haushalt 2015 - Umsetzung des Gemeinderatsbeschlusses vom 25.02.2015 und Grundlage der Vorlagen 004/15 und 046/15	Vorl.Nr. 129/15
-------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt und soll voraussichtlich im Gemeinderat am 20.05.2015 erneut aufgerufen werden.

TOP 8	Gebührenordnung Ludwigsburg Museum 2015	Vorl.Nr. 037/15
-------	---	-----------------

Beschluss:

Der geänderten Gebührenordnung des Ludwigsburg Museums, gültig ab dem 01.03.2015 wird in der Fassung der Anlage 3 zur Niederschrift zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Schwytz
 Stadtrat T. Lutz
 Stadträtin Kreiser
 Stadtrat Gericke
 Stadtrat Seybold
 Stadträtin Wiedmann
 Stadträtin Steinwand-Hebenstreit
 Stadträtin Dziubas

Ja 33 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

OBM Spec stellt die Vorl. Nr. 037/15 zur Abstimmung.